

ein Teil der Verhandlungsmacht auf die betrieblichen Akteure übergegangen, erläutert Behrens. Das erschwere jedoch die Etablierung einheitlicher Tarifstandards innerhalb einer Branche.

Neben dieser geordneten Dezentralisierung identifiziert der Wissenschaftler aber auch eine „wilde“ Form: Seit 1995 nimmt der Anteil der Beschäftigten ab, für die ein Tarifabschluss gilt. Denn die Arbeitgeberseite sei immer weniger dazu in der Lage, für eine gesamte Branche Tarifverträge abzuschließen. Nach der Deutschen Einheit hätten viele Unternehmen die Arbeitgeberverbände verlassen, weil sie unzufrieden mit deren Verhandlungsergebnissen waren, so Behrens. Auch neue Mitglieder ließen sich immer schwerer gewinnen. Viele Arbeitgeberverbände bieten daher inzwischen eine OT-Mitgliedschaft an – also ohne Tarifbindung.

Zunehmende Ungleichheit. In Deutschland waren bis zur Mitte der 1990er-Jahre die Abstände zwischen hohen und niedrigen Arbeitseinkommen relativ gering, zeigt Behrens auf. Er verwendet dazu das Verhältnis der Löhne und Gehälter des neunten, also zweithöchsten Zehntels zum ersten Zehntel, einen in der Verteilungsforschung gebräuchlichen Vergleichsmaßstab. Im Jahr 1989 verdiente das neunte Zehntel noch 2,84-mal so viel wie das erste Zehntel. Nur zehn Jahre später war es bereits das 3,44-Fache.

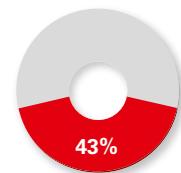
Eine genauere Untersuchung dieser Entwicklung ergibt, dass der wachsende Niedriglohnsektor eine entscheidende Rolle spielt, schreibt der WSI-Forscher. Als Hauptursachen dafür identifiziert er die abnehmende Tarifbindung und die Arbeitsmarktreformen, die zu einer massiven Ausweitung von atypischer Beschäftigung wie Minijobs oder Leiharbeit geführt haben.

In Deutschland seien die Arbeitseinkommen inzwischen ähnlich ungleich verteilt wie in Großbritannien, fasst Behrens zusammen. In einer wachsenden Anzahl an Branchen gebe es kaum noch wichtige Institutionen wie zum Beispiel

Mehr Mitbestimmung im Westen

Betriebsratsgremien vertreten von den Beschäftigten der Privatwirtschaft...

in Westdeutschland



in Ostdeutschland



So viele privatwirtschaftliche Betriebe haben einen Betriebsrat ...

in Westdeutschland



in Ostdeutschland



Basis: Betriebe mit mindestens 5 Beschäftigten

Quelle: IAB-Betriebspanel 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

Flächentarifverträge. Dennoch wiesen die deutschen Arbeitsbeziehungen immer noch einen stabilen Kern auf – gerade in exportorientierten Branchen wie der Automobil- oder der Chemieindustrie. ▶

* Quelle: Martin Behrens: Employment regulation in national contexts – Germany, in: Carola Frege, John Kelly: Comparative Employment Relations in the Global Economy, Routledge, London/New York 2013

Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

STAAT

Qualität entscheidet, nicht die Größe

Ein „aufgeblähter“ Staatsapparat bremst das Wirtschaftswachstum, lautet ein Glaubensatz konservativer Ökonomen. Entscheidend ist jedoch nicht die Größe des öffentlichen Sektors, sondern seine Qualität, wie eine internationale Vergleichsstudie zeigt.

Ist „Big Government“ immer eine Bürde für die wirtschaftliche Entwicklung, wie angebotsorientierte Ökonomen oft behaupten? Dieser Frage haben sich Daniel Oto-Peralías und Diego Romero-Ávila von der Universität Sevilla angenommen.* Ihr Datensatz enthält Informationen zu über 80 Ländern und deckt den Zeitraum von 1981 bis 2005 ab. Als Indikator für die Größe des Staatsapparats dienen die öffentlichen Ausgaben für Personal, Güter und Dienstleistungen. Dabei zeigt sich auf den ersten Blick kein systematischer Zusammenhang mit der Wirtschaftsentwicklung.

Konturen gewinnt das Bild erst, wenn ein weiterer Faktor einbezogen wird: die Qualität öffentlicher Dienstleistungen. Letztere messen von der Weltbank erhobene Indikatoren, die zum Beispiel Auskunft über die politische Unabhängigkeit der Verwaltung oder deren Ausbildungsniveau geben.

Negativ auf das Wirtschaftswachstum wirken sich hohe Staatsausgaben nach den Berechnungen der Wissenschaftler nur dann aus, wenn die bürokratische Qualität gering ist. Länder mit einer gut funktionierenden Verwaltung brauchen dagegen keine Einbußen bei der Wirtschaftsleistung durch einen aktiven Staat zu fürchten.

„Es gibt keinen Grund, die Größe des Staatsapparats zu verringern, wenn die Qualität öffentlicher Institutionen stimmt“, folgern Oto-Peralías und Romero-Ávila. Für die aktuelle Krise in Europa heißt das: In den angeschlagenen Staaten sollte es nicht so sehr um die Größe des Staatsdienstes gehen, sondern um Verwaltungsreformen, die seine Effizienz verbessern. In diesem Sinne verstehen die Wissenschaftler ihre Untersuchung als „Weckruf“ an die Politik. ▶

* Quelle: Daniel Oto-Peralías, Diego Romero-Ávila: Tracing the Link between Government Size and Growth: The Role of Public Sector Quality, in: Kyklos 2/2013
Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de